Michael Götschenberg

DER BÖSE Wulff?

Die Geschichte hinter der Geschichte
und die Rolle der Medien

PLASSEN
VERLAG

Michael Götschenberg

DER BÖSE Wulff?

Die Geschichte hinter der Geschichte
und die Rolle der Medien

PLASSEN
VERLAG

Copyright 2013:
© Börsenmedien AG, Kulmbach

Gestaltung und Herstellung: Johanna Wack, Börsenmedien AG
Lektorat: Hildegard Brendel
Korrektorat: Claus Rosenkranz
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-86470-084-2

Alle Rechte der Verbreitung, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen vorbehalten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

BÖRSEN MEDIEN
AKTIENGESELLSCHAFT

Postfach 1449 • 95305 Kulmbach
Tel: +49 9221 9051-0 • Fax: +49 9221 9051-4444
E-Mail: buecher@boersenmedien.de
www.plassen.de
http://www.facebook.com/plassenverlag

Inhalt

VORWORT 9
PROLOG 19

Die Wahl 31

Am Anfang steht ein Rücktritt 31
Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün 35
Die Medien treffen ihre Wahl 46
Widerstand im eigenen Lager 51
Die Präsidentenwahl als Machtfrage 55
Wulffs „Bunte Republik“ 61

Von der Leine an die Spree 65

Der Präsident aus Niedersachsen 65
Der Präsidentenflüsterer 77
Ein Amt ohne Jobbeschreibung 80
Hundert schwierige Tage 90
Ein neuer Stil im Bellevue 96

Wulff und die Türken 105

„Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ 105
Wulff und Gül – eine Präsidentenfreundschaft 113
Gedenken für die NSU-Opfer 116

Wulff und die Juden 119

Der Präsident sucht seine Rolle 125

Was macht eigentlich …? 125
Der Präsident rüffelt die Kanzlerin 133
Wulff und die Medien 138
Der Reisepräsident 146
Afghanistan und *Bild* 148
Recherchen im Hintergrund 151

Die Krise 155

1001 Nacht und ein böses Erwachen 155
Der Präsident greift zum Telefon 157
Die Keimzelle der Krise – die Hausfinanzierung 161
Der Sprecher geht, der Präsident erklärt sich 169
Die wundersame Verbreitung der Mailbox-Nachricht 174
Das Fernsehinterview 179
Der Showdown mit *Bild* 187
Alles ins Internet 189
Keine Rückkehr zur Tagesordnung 193
Groenewold und der Abgrund 195
Berlinale-Empfang im Bellevue 197
Der Rücktritt 201

Die Akteure in der Krise 207

Das Bellevue 207
Die Parteien 222
Die Medien 238
Die Justiz 257

EPILOG 263
CHRONOLOGIE 280

Vorwort

Christian Wulff war 598 Tage lang Bundespräsident. Es ist die kürzeste Amtszeit in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie endet mit einem Desaster: Nach neun Wochen einer schweren Krise tritt Wulff am 17. Februar 2012 zurück. In jenen Wochen beherrscht die „Causa Wulff" die Schlagzeilen und Nachrichtensendungen, sie hält das ganze Land in Atem und wird als einer der heftigsten politischen Skandale in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingehen. Christian Wulff ist zwar nicht der erste Bundespräsident, der zurücktritt, doch die Umstände seines Rücktritts sind einmalig. Wochenlang tobt eine heftige Krise, in der der Bundespräsident um sein Amt kämpft. Die Vorwürfe, mit denen Wulff konfrontiert ist, stammen aus seiner Amtszeit als niedersächsischer Ministerpräsident. Am Ende führt ein Staatsanwalt in Hannover den Sturz des Bundespräsidenten herbei. Während dieses Buch entsteht, sind die staatsanwaltlichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, ob Wulff sich strafbar gemacht hat, ist noch unklar. Bestraft wurde er aber dennoch: mit einem Absturz in Bodenlose. Am Ende einer wochenlangen Skandalisierung, die über den Rücktritt hinaus andauerte, wurde aus dem Staatsoberhaupt ein Gezeichneter, eine Unperson. Kein politischer Amtsträger in der Bundesrepublik ist tiefer gefallen als Christian Wulff. In der Rückschau erscheint die Krise fast unwirklich. Wie konnte es dazu kommen? Und warum hat sie sich mit solcher Wucht entladen?

Dieses Buch erzählt die Geschichte einer Präsidentschaft, die von Anfang an unter keinem guten Stern stand. Zu Beginn steht der Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler, der am 31. Mai 2010 völlig unerwartet hinschmeißt. Bundeskanzlerin Angela Merkel entscheidet sich in dieser Situation dagegen, mit der Opposition nach einem parteiübergreifenden Kandidaten zu suchen, sondern für die Wahl eines neuen Bundespräsidenten mit schwarz-gelbem Profil. Ihre Wahl fällt auf den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff. Merkels Koalition ist auf dem Tiefpunkt ihres Ansehens, die Bundesversammlung soll mehr als nur einen neuen Bundespräsidenten wählen – sie soll die Autorität der Kanzlerin unter Beweis stellen. Doch Merkels Kandidat vermag die Rollenerwartungen an einen Bundespräsidenten nur schwer zu erfüllen – vor allem in der Wahrnehmung der Medien. Umso mehr, als SPD und Grüne mit Joachim Gauck einen rot-grünen Gegenkandidaten präsentieren, der innerhalb kürzester Zeit nahezu die gesamte deutsche Medienlandschaft hinter sich vereinigen kann. Schwarz-Gelb und Rot-Grün erklären die Präsidentenwahl zur Machtprobe. Christian Wulff ist der Bundespräsident, den die Medien nicht wollten. Er startet mit einer schweren Hypothek ins Amt, das sich nach dem Rücktritt von Köhler in einer Ausnahmesituation befindet. Es ist ein Amt, von dem die meisten Menschen wenig wissen, das so schwierig wie einzigartig ist. In einer Zeit permanenter Krisen wird der Bundespräsident mit Erwartungen konfrontiert, die das Amt kaum erfüllen kann. Gleichzeitig befindet es sich in einem wachsenden Spannungsverhältnis zu einer sich immer schneller drehenden Medienwelt. Als Christian Wulff dieses Amt Ende Juni 2010 antritt, hat er Probleme im Gepäck, die zunächst nicht sichtbar sind: ein gegenüber dem niedersächsischen Landtag verschwiegener Privatkredit zur Finanzierung seines Hauses und Urlaube bei oder mit Unternehmerfreunden, die Wulff angreifbar machen. Hinzu kommen Probleme, für die der neue Bundespräsident nichts kann, wie die üblen Gerüchte über das angebliche Vorleben seiner Frau Bettina, die unter der Oberfläche schwelen.

Die Wahl

Am Anfang steht ein Rücktritt

Der 31. Mai 2010 scheint ein ereignisarmer, um nicht zu sagen ein langweiliger Tag für alle zu werden, die rund um den politischen Betrieb in der Hauptstadt arbeiten. Es ist Weltnichtrauchertag. Die tagespolitische Agenda hält für die Medien nicht viel Spektakuläres bereit. Bei einer Veranstaltung des Deutschen Zentrums für Märchenkultur am Vormittag im Berliner Max-Liebermann-Haus liest Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière Hauffs Märchen „Zwerg Nase" vor. In den Redaktionen stellt man sich darauf ein, einmal mehr den Zustand der schwarz-gelben Koalition zum Gegenstand der Berichterstattung zu machen. Wie immer montags kommen am Vormittag die Präsidien der Parteien in ihren Berliner Parteizentralen zusammen. Am Mittag allerdings, um 12:25 Uhr, wird die Tagesagenda unversehens erweitert. Die Redaktionen erreicht eine Pressemitteilung aus dem Bundespräsidialamt: „Bundespräsident Horst Köhler tritt heute um 14 Uhr vor die Presse." Warum – das bleibt offen. Erklärungen des Bundespräsidenten haben Seltenheitswert. Wenn das Staatsoberhaupt der Öffentlichkeit ins Gewissen reden will, hält es eine Rede zu einem sorgsam gewählten Anlass. Will er über die Medien etwas mitteilen, dann verschickt das Bundespräsidialamt eine Presse-

erklärung, hin und wieder gibt es „Pressebegegnungen“, etwa wenn Staatsgäste zu Besuch sind. Wendet sich der Bundespräsident hingegen mit einer Erklärung über die Medien an die Öffentlichkeit, dann stimmt etwas nicht.

Dennoch wird die Ankündigung aus dem Bundespräsidialamt weitgehend achselzuckend zur Kenntnis genommen. Man nimmt an, dass Horst Köhler sich in der Diskussion um seine Interview-Äußerungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu Wort melden wird. In einem Interview auf dem Rückflug von einem Truppenbesuch in Afghanistan hatte Köhler eher beiläufig die Sätze gesagt, die ihm seit Tagen vorgehalten werden. Bei einem Land wie Deutschland, das vom Außenhandel abhängig ist, stellt Köhler fest, können „im Notfall auch militärische Mittel“ zum Einsatz kommen, um deutsche Interessen, „wie freie Handelswege“, zu wahren. Das Interview wurde zunächst unaufgeregt im Deutschlandfunk „versendet“, doch dann gab es empörte Reaktionen, zunächst in der Bloggerszene im Internet, die schließlich mit kritischen Nachfragen verschiedene Zeitungen mobilisierte. Schließlich nahm sich *Spiegel Online* der Geschichte an und brachte damit die kritische Auseinandersetzung mit Köhlers Interview-Äußerungen ins Rollen. Im *Deutschlandfunk* wurde daraufhin der Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz, Chef des Auswärtigen Ausschusses, mit Köhlers Sicht auf die Dinge konfrontiert. Polenz, CDU-Abgeordneter, formulierte noch zurückhaltend, indem er meinte, Köhler habe sich „etwas missverständlich ausgedrückt“ und „keine besonders glückliche Formulierung“ gewählt.

Bei der SPD-Bundestagsfraktion klang das schon etwas anders: Der Bundespräsident schade „der Akzeptanz der Auslandseinsätze der Bundeswehr“, stellte ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Thomas Oppermann fest. Besonders pointiert drückte sich dann Jürgen Trittin aus, Fraktionschef der Grünen im Bundestag, der sich erst über Köhler lustig machte: „Man möchte zu seinen Gunsten annehmen, dass er sich bei diesen Worten auf den Pfaden seines Vorgängers Heinrich Lübke vergaloppiert hat“, um dann hinterherzuschieben, dass der Bundespräsident sonst nämlich nicht mehr auf dem Boden des Grund-

gesetzes stehe. Trittin formulierte zwar schärfer als Oppermann, doch es war vor allem der Angriff aus der SPD, der Köhler traf. Das Thema fand in der Öffentlichkeit nur am Rande statt und kaum jemand rechnete damit, dass da noch viel kommen würde. Unterdessen lief für Horst Köhler gerade das Fass über.

* * *

Pünktlich um 14 Uhr tritt der Bundespräsident an diesem Montag im Langhanssaal, im ersten Stock von Schloss Bellevue, in Begleitung seiner Frau vor die Kameras und Mikrofone. Dass Eva Luise Köhler ihren Mann begleitet, beseitigt letzte Zweifel, ob tatsächlich zutrifft, was wenige Minuten vorher bereits aus dem Bundespräsidialamt durchgesickert ist. Köhler stellt sich an ein schmales Pult und verliest eine kurze Erklärung, in der er mitteilt, er trete „mit sofortiger Wirkung" zurück. Die Kritik an seinen Äußerungen entbehre jeder Rechtfertigung und lasse den „notwendigen Respekt" vor seinem Amt vermissen. Der Präsident schmeißt hin. Es ist eine einsame Entscheidung, von der selbst engste Mitarbeiter erst kurz vorher erfahren. Doch nicht nur Köhlers Mitarbeiter sind wie vor den Kopf gestoßen, auch die Kanzlerin fällt aus allen Wolken. Erst gegen 12 Uhr, also zwei Stunden vorher, rief der Bundespräsident bei Angela Merkel an. Merkel saß zu diesem Zeitpunkt in der Präsidiumssitzung der CDU im Konrad-Adenauer-Haus. Als ihr mitgeteilt wurde, der Bundespräsident wünsche sie zu sprechen, verließ sie die Sitzung.

Was Köhler ihr zu sagen hatte, schockierte Merkel. Sie war fassungslos. Merkel versuchte am Telefon, Köhler von seinem Entschluss abzubringen. Sie sagte ihm, dass die Bevölkerung, bei der er so hoch im Kurs stehe, seine Entscheidung nicht verstehen werde. Schließlich sei die Diskussion um seine Interview-Äußerungen an der Mehrheit der Bevölkerung völlig vorbeigegangen, was zweifellos richtig ist. Doch Köhler ließ sich nicht umstimmen und führte noch einige weitere Telefonate, bevor er mit seiner Rücktrittserklärung vor die laufenden Kameras trat. Er rief FDP-Chef und Vizekanzler Guido Westerwelle

an, Bundestagspräsident Norbert Lammert, Andreas Voßkuhle, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, sowie Jens Böhrnsen, den Bürgermeister von Bremen, der zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz im Bundesrat hat und dementsprechend das „Reserve-Staatsoberhaupt" ist. Die Angerufenen reagierten verständnis- bis sprachlos. Westerwelle dachte zunächst an gesundheitliche Gründe. Einige Monate später erzählt der Außenminister Journalisten auf einer Auslandsreise, er habe Köhler in aller Ernsthaftigkeit gefragt: „Sind Sie krank, Herr Bundespräsident?"

Noch wochenlang rätselt das politische Berlin über die wahren Gründe für Horst Köhlers Rücktritt. Die Vermutung, dass eine schwere Erkrankung bei Köhler oder in seiner Familie die Ursache für den Entschluss ist, hält sich noch lange. Kaum jemand kann sich vorstellen, dass die Kritik an seinen Interview-Äußerungen den Ausschlag gegeben haben soll. Horst Köhler bleibt die Erklärung schuldig, bis heute. Im politischen Berlin löst Köhlers Entscheidung neben Rätselraten deshalb vor allem Kopfschütteln aus. Der politische Betrieb hat überwiegend kein Verständnis für seinen Entschluss, hält sich mit Kritik zunächst aber zurück. Die Entscheidung wird offiziell „mit Respekt" zur Kenntnis genommen. Im Kanzleramt beeilt sich Angela Merkel, nach Köhlers Erklärung ihrerseits eine Stellungnahme abzugeben. Sie ringt sich ein paar Sätze der Anerkennung ab und sagt, sie sei „traurig", schließlich hätten viele Bürger Köhler sehr geschätzt. Ihre Missbilligung bringt sie indirekt zum Ausdruck, indem sie feststellt, dass der Bundespräsident diese Bürger „nun ein Stück weit enttäuscht" habe.

Erst vier Wochen später findet einer aus der ersten Reihe der Politik deutliche Worte. Bei der Eröffnung der Bundesversammlung zur Wahl von Köhlers Nachfolger macht Bundestagspräsident Norbert Lammert seinem Herzen Luft, indem er feststellt, dass auch der Bundespräsident kein Denkmal ist und Kritik ertragen muss. „Niemand steht unter Denkmalschutz", sagt Lammert und spricht damit vielen im Plenum aus der Seele. Das Medienecho auf Köhlers Rücktritt ist verheerend. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert, dass das Amt des Bundespräsidenten zwar ein „Glücksfall in der deutschen Geschichte" sei, „aber

dieser Präsident war es nicht". Das *Handelsblatt* nennt Köhler einen „Sonderling" und bezeichnet ihn als den politisch „Unbedarften" in der Riege der Bundespräsidenten, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist von „Fahnenflucht" die Rede. Auf der Suche nach den tieferen Gründen für den Rücktritt heißt es in den Medien, Köhler sei seit Monaten frustriert gewesen, auch von einer Entfremdung zwischen dem Bundespräsidenten und der Kanzlerin ist die Rede. In der Tat verzichtet Merkel darauf, auch das wird in Berlin registriert, sich in die Debatte über Köhlers Äußerungen zu Bundeswehr-Auslandseinsätzen einzumischen, und lässt den Dingen ihren Lauf. Mit anderen Worten: Köhlers Rücktritt wird nicht zuletzt auch Merkel angelastet.

Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün

Nach dem Grundgesetz muss ein neuer Bundespräsident innerhalb von 30 Tagen gewählt werden. Das ist ohnehin nicht viel Zeit, doch der „gefühlte" Zeitdruck ist noch viel größer. Die schwarz-gelbe Koalition befindet sich in einem erbärmlichen Zustand. Das vermeintliche Traumpaar belegt sich gegenseitig und öffentlichkeitswirksam mit Kosenamen wie „Wildsau" und „Gurkentruppe", die Zeichen stehen auf Scheidung. Vor allem bei der FDP ist die Enttäuschung über den Koalitionspartner riesig. Die Liberalen fühlen sich von der Union betrogen, das gemeinsame bürgerliche Projekt, auf das die FDP jahrelang hingearbeitet hat, findet in ihrer Wahrnehmung nicht statt. Aus Sicht der FDP macht Angela Merkel weiterhin Politik wie zu Zeiten der großen Koalition, nur dass sie anstelle der SPD jetzt die Liberalen an Bord hat. Die schwarz-gelbe Koalition befindet sich im Frühjahr 2010 im wohl größten Stimmungstief ihres Bestehens. „Aufhören!" titelt der *Spiegel* Mitte Juni, zwei Wochen nach Köhlers Rücktritt, und drückt damit wohl ziemlich treffend aus, was die überwiegende Zahl der Menschen denkt. Im Mai ergibt der *ARD*-Deutschlandtrend von Infratest dimap, dass zwei Drittel der Befragten

aber keine Rolle mehr spielt. Nachdem monatelang eingefordert wurde, der Präsident möge sich zur Eurokrise äußern, verpufft die Wortmeldung weitgehend. Das Internet ist übrigens voll mit kruden Verschwörungstheorien, wonach Wulffs Kritik an der Eurorettung der eigentliche Grund für seinen Sturz sei. Dafür gibt es allerdings keinerlei Hinweise.

Wulff und die Medien

Im Juni 2011, als sich der Tag nähert, an dem Christian Wulff ein Jahr im Amt ist, ziehen die Medien Bilanz. Sie fällt sehr unterschiedlich aus. Manches davon ist bissig, vieles kritisch, einiges wohlwollend. Die *Financial Times Deutschland* geht bereits zehn Tage vor dem Stichtag besonders hart mit dem Bundespräsidenten ins Gericht und überschreibt ihren Artikel mit „Das Mauerblümchen". Am Ende seines ersten Amtsjahres habe Christian Wulff „viel gesagt und wenig bewegt". Der *Tagesspiegel* wirft die Frage auf: „Wozu hat dieses Land überhaupt einen Präsidenten, wenn der den Menschen noch nicht einmal in krisenhaften Zeiten wie diesen etwas zu sagen hat?" Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schließlich stellt fest: „Er kam, sah und störte nicht weiter." In den Interviews, die Wulff zum 30. Juni 2011 gibt, geht er auf diese Kritik ein. Seine Aufgabe sei es nicht, „wie ein Schiedsrichter mit roten und gelben Karten über den Platz der Tagespolitik zu laufen". Manche stimmen ihm durchaus zu. In der *Welt am Sonntag* liest man: „Würde sich der Präsident aber in all jenen Fragen positionieren, wäre der Vorwurf berechtigt, er mische sich in die Tagespolitik ein. Wulffs erkennbares Bemühen, sich nicht zu jedwedem Thema zu verbreiten, ist äußerst wohltuend." Auch die *Süddeutsche Zeitung* kommt zu dem Schluss, dass Wulff sein erstes Jahr im Amt „ordentlich" bewältigt habe. Auch bei seinen Vorgängern habe es nach einem Jahr fast immer geheißen, der Präsident habe seine Rolle noch nicht gefunden. Von Christian Wulff könne man das aber

nicht sagen: „Er hat sie gefunden, füllt sie freilich noch nicht aus; aber Letzteres kann man nach erst einem Jahr auch nicht erwarten."

Christian Wulff stand nach seiner Wahl vor der zentralen Herausforderung, die Medien davon zu überzeugen, dass er dem Amt gewachsen ist, nachdem sich nahezu die gesamte Medienlandschaft vor seiner Wahl im Juni 2010 für Gauck als den besseren Präsidenten ausgesprochen hatte. Wulff hat das verletzt und dauerhaft verunsichert. Er nimmt diese Unsicherheit mit ins Amt und legt sie letztlich nie mehr ab. Während es ihm schnell gelingt, die Herzen der Bevölkerung für sich zu gewinnen, bleibt sein Verhältnis zu den Medien bei aller Verbindlichkeit im Umgang mit Journalisten angespannt. Bei der Bevölkerung steigt seine Beliebtheit von Monat zu Monat und erreicht bis zum Ausbruch der Krise im Dezember 2011 Traumwerte mit Zustimmungsraten von 80 Prozent. Selbst seine Aussagen zum Islam am 3. Oktober 2010 schaden Wulffs Sympathiewerten nicht, obwohl zwei Drittel der Bevölkerung sie in Umfragen ablehnen.

Gleichzeitig gelingt es Wulff mit dieser Rede und gelungenen Auslandsreisen, vor allem in die Türkei und nach Israel, sich auch Respekt zumindest bei einem Teil der Medien zu verdienen. Viele sind am Ende positiv überrascht, zumal sich vereinzelt durchaus Ernüchterung über Joachim Gauck eingestellt hat, etwa als er Thilo Sarrazins Thesen als „mutig" bezeichnete oder sich abfällig über die kapitalismuskritische Occupy-Bewegung äußerte. Wulff sonnt sich in seinen hohen Beliebtheitswerten. Im Kern glaubt er, als Bundespräsident auf die Medien nicht mehr angewiesen zu sein, schon gar nicht auf jene, die ihn für nicht würdig befunden hatten, Präsident zu werden und die auch spürbar auf Distanz bleiben, als er im Amt ist. In Wulffs Umfeld wird es als schweres Versäumnis des Bundespräsidenten wahrgenommen, dass es ihm nicht gelingt, sich den Respekt einiger zentraler Leitmedien zu erarbeiten, vor allem des *Spiegel* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. „Medienstrategisch war das ein schwerer Fehler", erinnert sich eine ehemalige Mitarbeiterin. Weder der *Spiegel* noch die *FAZ* bekommen ein Interview mit dem Bundespräsidenten. Auch ein weiteres Leitmedium geht leer aus: die *Bild*-Zeitung.

* * *

Mit dem Wechsel ins Bellevue beginnt zwischen Wulff und der *Bild*-Zeitung ein schleichender Prozess der Entfremdung. In den Wochen vor der Wahl zum Bundespräsidenten wahrt *Bild* wohlwollende Neutralität, obwohl der Mainstream ganz klar zugunsten von Gauck verläuft. Man kann davon ausgehen, dass *Bild* sich dafür eine Gegenleistung erwartet, vor allem in Gestalt von Exklusivgeschichten aus dem Bellevue. Das für beide Seiten gewinnbringende Verhältnis soll unter neuen Vorzeichen fortgesetzt werden, doch Wulff beginnt, *Bild* zu verstören. Eines der ersten Interviews, das Wulff als Bundespräsident gibt, bekommt nicht die *Bild*-Zeitung, sondern die *Bild am Sonntag*. Warum, bleibt Wulffs und Glaesekers Geheimnis: Schließlich handelt es sich um zwei eigenständige Zeitungen unter dem Dach von Springer, die eher in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Während *Bild* Wulffs Kandidatur wohlwollend begleitet hatte, titelte die *Bild am Sonntag* „Yes we Gauck". Aus der Perspektive von *Bild* war Wulff ihr etwas schuldig.

Doch je länger Wulff Bundespräsident ist, desto mehr reift in *Bild* die Erkenntnis, dass der ehemalige Liebling die „Geschäftsbeziehung" aus Hannover aufgekündigt hat. *Bild* wartet vergeblich auf Exklusivgeschichten aus dem Schloss, selbst ein Interview bekommt die Zeitung nicht. Dabei bringt man weiter schöne und bunte Geschichten über den Bundespräsidenten und seine Frau, bei jeder sich bietenden Gelegenheit setzt *Bild* das Präsidentenpaar in Szene. Präsidentengeschichten verkaufen sich gut, doch Exklusivgeschichten würden sich noch besser verkaufen. Doch Wulff „liefert" nicht: Letztlich ist er der Ansicht, dass Bundespräsident und *Bild* nicht zusammenpassen. Umso intensiver beginnt man bei *Bild* an einer Geschichte zu recherchieren, für die sich auch schon andere interessierten, und die den Bundespräsidenten absehbar in erhebliche Schwierigkeiten bringen könnte – sollten die Gerüchte stimmen, dass ein bekannter Unternehmer in Hannover ihm bei der Finanzierung seines Hauses in Großburgwedel geholfen hat? *Bild* beginnt, ganz im Hintergrund, langsam aber sicher, die Exklusivität in Sachen Wulff neu zu definieren.